

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 19. Januar 2009

Nr. 2009/65

### **Einwohnergemeinde Nunningen: Genereller Entwässerungsplan (GEP) / Genehmigung**

---

#### **1. Ausgangslage**

1.1 Die Einwohnergemeinde Nunningen reicht gemäss § 18 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 (PBG, BGS 711.1) den Generellen Entwässerungsplan (GEP) ihrer Gemeinde mit folgenden Unterlagen zur Genehmigung ein:

- Zusammenfassung (Bericht)
- Entwässerungskonzept (Bericht)
- Vorprojekte (Bericht)
- Hydraulische Berechnungen (Bericht)
- Konzeptplan Kanalnetz, Plan 1, WAR, WAS, Übersichtsplan 1:2'000
- Konzeptplan Kanalnetz, Plan 2, WAR, WAS, Übersichtsplan 1:2'000
- Konzeptplan Entwässerungssysteme, Plan 1, Übersichtsplan 1:2'000
- Konzeptplan Entwässerungssysteme, Plan 2, Übersichtsplan 1:2'000
- Konzeptplan Entwässerung der Liegenschaften ausserhalb, Übersichtsplan 1:12'500.

1.2 Der vorliegende GEP soll sämtliche bisherigen, die Abwasserentsorgung von Nunningen betreffenden Nutzungspläne ersetzen, insbesondere das mit Regierungsratsbeschluss (RRB) Nr. 579 vom 20. Februar 1995 genehmigte Generelle Kanalisationsprojekt (GKP-Überarbeitung 1994).

#### **2. Erwägungen**

2.1 Gestützt auf Art. 7 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG, SR 814.20) und Art. 5 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) ist für jede Gemeinde ein Genereller Entwässerungsplan zu erstellen. Gemäss § 35 des kantonalen Gesetzes über die Rechte am Wasser vom 27. September 1959 (Wasserrechtsgesetz, WRG, BGS 712.11) planen, erstellen, betreiben und unterhalten die Gemeinden die öffentlichen Abwasseranlagen. Die kantonale Verordnung

zum Schutz der Gewässer vom 19. Dezember 2000 (Gewässerschutzverordnung, GSchV-SO, BGS 712.912) schreibt in § 29 vor, dass die Gemeinden einen Generellen Entwässerungsplan erstellen, der bei Bedarf zu revidieren ist. Gestützt auf §§ 14 und 39 PBG haben die Gemeinden einen Erschliessungsplan über die Abwasserentsorgung zu erstellen, welcher gemäss § 18 PBG als Nutzungsplan durch den Regierungsrat zu genehmigen ist.

- 2.2 Die öffentliche Auflage des GEP in der Gemeinde Nunningen erfolgte vom 23. Juni 2008 bis 22. August 2008 (wegen der fehlenden Rechtsmittelbelehrung in einer ersten Publikation erfolgte eine zweite korrigierte Publikation mit einer Verlängerung der Auflagedauer um nochmals 30 Tage). Während der Auflage ging eine Einsprache ein. Der Gemeinderat der Einwohnergemeinde Nunningen hat die Einsprache am 16. September 2008 abschlägig beantwortet und am 22. September 2008 den GEP genehmigt. Da der Einsprecher in der Folge kein weiteres Rechtsmittel ergriffen hat, gilt der GEP definitiv als von der Gemeinde genehmigt.

Der GEP wurde am 24. November 2008 dem Amt für Umwelt zur regierungsrätlichen Genehmigung eingereicht.

- 2.3 Die in den Plänen dargestellten „Grenze Bauzone“ und „Grenze Reservezone“ entsprechen weitgehend dem rechtsgültigen Bauzonenplan, sie bleiben aber unverbindlich.

Für die genaue Abgrenzung der verschiedenen Zonen, deren Unterteilung und Nutzung ist einzig der rechtsgültige Zonenplan massgebend. Aus den GEP-Plänen kann auch keine Präjudiz für allfällige spätere Einzonungen abgeleitet werden.

#### 2.4 Versickerungen

- 2.4.1 Gemäss Art. 7 GSchG ist nicht verschmutztes Abwasser nach den Anordnungen der kantonalen Behörden versickern zu lassen. Erlauben die örtlichen Verhältnisse dies nicht, so kann es mit Bewilligung der kantonalen Behörden in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet werden, wobei nach Möglichkeit Rückhaltmassnahmen zu treffen sind. Gemäss § 31 GSchV-SO ist im Liegenschaftsbereich in den Wohn- und Landwirtschaftszonen die Gemeinde zuständig für Versickerungen und Einleitungen von nicht verschmutztem Abwasser. Für alle anderen Versickerungen und Einleitungen sowie für öffentliche Versickerungsanlagen ist der Kanton zuständig. Die Zuständigkeit für Versickerungen und Einleitungen sowie das Vorgehen für die Gesuchsbehandlung kann im Detail dem Merkblatt „Regenwasserentsorgung im Siedlungsgebiet“ des Amtes für Umwelt (AfU) entnommen werden.

- 2.4.2 Mit der Erarbeitung des GEP sind auch die Möglichkeiten für Versickerungen abgeklärt worden. Es wurde festgestellt, dass sich in Nunningen der Untergrund schlecht für Versickerungen eignet. Es wurde deshalb darauf verzichtet, Teilgebiete mit einer Versickerungspflicht zu belegen. Trotzdem ist, wenn immer möglich, unverschmutztes Oberflächenwasser versickern zu lassen, zum Beispiel bei Hauszufahrten, Gehwegen und Sitzplätzen, mittels sickerfähigen Belägen, oder breitflächig über die Schulter in angrenzendes Wiesland. Unter Umständen kann auch Dachwasser breitflächig über eine bewachsene Bodenschicht zur Versickerung gebracht werden (Entwässerungskonzept Kapitel 5.5). Wird in einem Einzelfall trotzdem eine Versickerungsanlage in Betracht gezogen, so ist bei der Machbarkeitsprü-

fung auch der kantonale Kataster der belasteten Standorte zu konsultieren und gegebenenfalls die entsprechenden Vorgaben und Einschränkungen zu berücksichtigen.

## 2.5 Liegenschaften ausserhalb Bauzone

2.5.1 In Nunningen verfügen mehrere Liegenschaften ausserhalb der Bauzone über nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Abwasserentsorgungen. Die im GEP aufgezeigten Massnahmen bei diesen Liegenschaften basieren auf den mit der Erarbeitung des GEP durchgeführten Erhebungen. Dabei ist zu beachten, dass bei sämtlichen Liegenschaften, bei denen die aktuelle Situation nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht, ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Die örtliche Baubehörde hat den betroffenen Liegenschaftseigentümern die erforderlichen Massnahmen baldmöglichst zu verfügen und dafür zu sorgen, dass diese innert nützlicher Frist umgesetzt werden.

2.5.2 Insbesondere bei den Liegenschaften ausserhalb der Bauzone können sich im Laufe der Zeit Veränderungen ergeben, welche eine Neubeurteilung der Abwassersituation erfordern. Bei Landwirtschaftsbetrieben können zum Beispiel Änderungen in der Bewirtschaftungsart, im Tierbestand oder gar die Aufgabe der Landwirtschaft dazu führen, dass die landwirtschaftliche Verwertung des häuslichen Abwassers nicht mehr zulässig ist und somit eine andere, den gesetzlichen Vorschriften genügende, Abwasserentsorgung erstellt werden muss. Die örtliche Baubehörde ist dafür zuständig, auf solche Änderungen zu reagieren und die notwendigen Massnahmen zu verfügen.

2.6 Der GEP Nunningen ist vom Amt für Umwelt geprüft worden. Er entspricht den gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton und ist zu genehmigen.

## 3. **Beschluss**

Gestützt auf §§ 14 ff. des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 (PBG, BGS 711.1) und § 29 der kantonalen Verordnung zum Schutz der Gewässer vom 19. Dezember 2000 (Gewässerschutzverordnung, GSchV-SO, BGS 712.912)

3.1 Der GEP der Einwohnergemeinde Nunningen, bestehend aus den in der Ausgangslage unter Abschnitt 1.1 aufgelisteten Unterlagen, wird mit den in den Erwägungen aufgeführten Bemerkungen sowie den folgenden Bedingungen und Auflagen genehmigt.

3.2 Der GEP ist die massgebende Grundlage für die Art der Orts- und Liegenschaftsentwässerung, für die Detailprojektierung neuer und die Änderung oder den Ersatz bestehender Abwasseranlagen, für die Reparaturen und Sanierungen sowie für den Unterhalt an den bestehenden Abwasseranlagen.

3.3 Alle Projekte für

- Kanalisationen, die nicht dem GEP entsprechen
- Sonderbauwerke
- Kleinkläranlagen

sind dem AfU zur Prüfung und Genehmigung einzureichen.

- 3.4 Das AfU erhält das uneingeschränkte und unentgeltliche Recht, von sämtlichen GEP-Unterlagen nach Bedarf Pläne und Sachdaten für eigene Zwecke zu kopieren und in EDV-Systeme des Kantons zu übernehmen. Ist die Bearbeitung des GEP oder von Teilen davon mittels elektronischer Datenverarbeitung (EDV) erfolgt, so sind dem AfU auf Gesuch hin Kopien der entsprechenden elektronischen Datenträger zur Verfügung zu stellen. Dieses Recht bezieht sich auch auf alle nachträglich erhobenen Daten und erstellten Unterlagen.
- 3.5 Das bisherige, vom Regierungsrat mit RRB Nr. 579 vom 20. Februar 1995 genehmigte Generelle Kanalisationsprojekt (GKP-Überarbeitung 1994) von Nunningen sowie sämtliche seither genehmigten die Abwasserentsorgung von Nunningen betreffenden Nutzungspläne werden aufgehoben, soweit sie dem hiermit genehmigten GEP widersprechen.
- 3.6 Die Einwohnergemeinde Nunningen hat eine Genehmigungsgebühr von Fr. 6'000.00 sowie Publikationskosten von Fr. 23.00, insgesamt Fr. 6'023.00, zu bezahlen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

**Kostenrechnung:                    Einwohnergemeinde Nunningen, 4208 Nunningen**

Genehmigungsgebühr:	Fr. 6'000.00	(KA 431001/A 80059 TP 334)
Publikationskosten:	Fr. 23.00	(KA 435015/A 45820)
	<u>Fr. 6'023.00</u>	

Zahlungsart:                    Belastung im Kontokorrent Nr. 111139

**Verteiler**

Bau- und Justizdepartement

Amt für Umwelt, Fachstelle SWW (Gz), mit 1 Dossier genehmigter GEP-Unterlagen

Amt für Umwelt, Rechnungsführung

Amt für Raumplanung, Abt. Baugesuche/Pläne/EDV

Amt für Verkehr und Tiefbau

Amt für Finanzen, **zur Belastung im Kontokorrent**

Kantonale Finanzkontrolle

Amt für Gemeinden

Kreisbauamt III, Amthaus, Postfach, 4143 Dornach

Einwohnergemeinde Nunningen, 4208 Nunningen, mit 1 Dossier genehmigter GEP-Unterlagen (Belastung im Kontokorrent) **(Einschreiben)** (Versand durch Amt für Umwelt)

Baukommission Nunningen, 4208 Nunningen, mit 1 Dossier genehmigter GEP-Unterlagen

Jauslin + Stebler Ingenieure AG, Gartenstrasse 15, 4132 Muttenz, mit 1 Dossier genehmigter GEP-  
Unterlagen

Bundesamt für Umwelt (BAFU), Sektion Abwasser und Landwirtschaft, 3003 Bern, mit 1 Bericht  
Zusammenfassung

Staatskanzlei (zur Publikation im Amtsblatt: „Bau- und Planungswesen, Genehmigung: Nunningen:  
Genereller Entwässerungsplan (GEP) mit Bedingungen und Auflagen.“)